



REGIO LINKS
Mitgliederzeitung der SP Schweiz
172 · Ausgabe Region Bern · Okt. 2017



Zukunft der Medienlandschaft Bern

DEN TITEL HAT MIR DIE REDAKTION VORGESCHLAGEN. EINFACHER SCHREIBE ICH ÜBER DIE GEGENWART, DENN DIE ZUKUNFT IST SCHON DA.

Den zweitletzten Schritt in die Zukunft der bezahlten Print-Tagesmedien, die so keine mehr sein wird, hat der Tamedia-Konzern in Bern vor kurzem getan: mit der Fusion der beiden Zeitungen Bund und BZ, welche ab 2018 identische Seiten umfassen. Einziger Unterschied soll die Lokalredaktion sein. Doch wie können sich zwei identische Zeitungen im Lokalteil unterscheiden? Der Tamedia-Konzern driftet unter dem Einfluss des Blocher-Freundes Piero Supino kontinuierlich nach rechts. Wenn eine lokale Redaktion mit dem links-grünen Lager sympathisieren würde, widerspräche sie dauernd dem übrigen Teil der Zeitung. Dann doch beide abwechselnd rechts und links, oder sicherheits halber in der Mitte, wo man sich fragt «ja, was jetzt»? Eher fürchte ich eine Angleichung nach rechts, wie es Infosperber kürzlich für die Basler Lokalmedien analysiert hat. Wie lange werden die beiden Berner Chefredaktoren wohl damit vor einer LeserInnenschaft bestehen, die zudem immer stärker zur Kasse gebeten wird, und wo bei vielen Jungen



Thomas Göttin, Gründungsmitglied Journal B, SP-Stadtrat 2003–2016

die Finanzen knapp und die Handys allzeit bereit sind?

Lokale Vielfalt

Als Journal B vor über fünf Jahren online ging, war diese Entwicklung zwar absehbar, lag aber noch irgendwie in der Zukunft. Gleichzeitig haben sich die lokalen Informations- und Medienangebote erfreulich vielfältig entwickelt: Es gibt eine lebendige Szene von Blogs und Quartierzeitungen, eine aktive Informationspolitik der Stadt, (fast zu) viele Kulturinformationen, dazu Regionaljournal, Radio Rabe, Telebärn. Museen organisieren vermehrt Diskussionen, Stadt- und Grossratsdebatten werden live übertragen. Und von Bern aus startet mit Nau eine grosse nationale Redaktion für Bildschirmssysteme.

Wie geschieht Meinungsbildung

Allerdings fragt sich, was «Öffentlichkeit» angesichts dieser Vielfalt bedeutet: Wie lässt sich der für die politische Meinungsbildung unabdingbare Austausch von Informationen und Meinungen sicherstellen? Sicher braucht es moderne Finanzierungsmodelle für bestehende und neue journalistische Angebote: Unterstützung von online-Ange-

boten im neuen Mediengesetz und Weiterführung des Service public der SRG, lokale Medienförderung sowie die Nutzung von Micropayment lieber als das Hochziehen von Paywalls. Und Journal B kann umso mehr zur Meinungsbildung beitragen, je mehr BernerInnen Mitglied werden ...

Zudem werden angesichts der Mängel von Facebook & Co. neue medienunabhängige elektronische Infrastrukturen wichtiger, wie sie von verschiedenen Seiten gefordert werden. Es gibt auch in Bern gute JournalistInnen, die sich über Recherche pools Gedanken machen, ohne dass sie an bestehende Redaktionen gebunden sein müssten.

Schliesslich bleibt – was immer Kern der Öffentlichkeit war – der persönliche Austausch, die Debatte im öffentlichen Raum. Genauso wie die heutige junge Generation trotz spotify und Handy Konzerte besucht und sich in der Reitschule trifft, werden künftige Generationen das Interesse an Politik, an persönlichem Austausch und an Diskussionen nicht verlieren. Für die SP heisst dies, wie es Leyla Gül einmal formuliert hat: «Rede, rede, rede». Und wenn sie noch den richtigen Ton trifft, umso besser.

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 26. NOVEMBER

Tram Bern Ostermundigen «Nur ein Tram bietet gerade Kapazitäten»

Interview: Marieke Kruit

ALLER GUTEN DINGE SIND ZWEI ... IM HERBST 2014 HAT BERN DAS TRAM REGION BERN ANGENOMMEN, NICHT ABER KÖNIZ UND OSTERMUNDIGEN. SEITHER HABEN BERN UND OSTERMUNDIGEN EINE NEUE LÖSUNG FÜR EIN TRAM BERN-OSTERMUNDIGEN AUSGEARBEITET. DIE MUNDIGER STIMMTEN SCHON ZU, AM 26. NOVEMBER BEFINDEN DIE STADTBERNERINNEN UND -BERNER DARÜBER. DIE BERNER VERKEHRSDIREKTORIN URSULA WYSS WEIBELT FÜR EIN JA.

Ursula Wyss, warum sollen die Bernerinnen und Berner zu dieser abgespeckten Form wieder Ja sagen?

Die Linie 10 nach Ostermundigen ist eine der am stärksten frequentierten Linien von BERNMOBIL. Die Busse sind zu den Spitzzeiten hoffnungslos überfüllt. Bis 2040 wird die Nachfrage nochmals um bis zu 50 Prozent zunehmen. Tram Bern Ostermundigen ist deshalb nötig, um die Kapazität für so viele Leute langfristig zu gewährleisten. Denn das Tram bietet auch längerfristig genügend Kapazität, während jene von Doppelgelenktrolleybussen bereits 2030 erschöpft wäre.

Warum wurde der Fächer bei der Linienführung nicht noch einmal aufgetan?

Die Linienführung ist 2008 in der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) intensiv untersucht worden. Professor Weidmann (ETH Zürich) überprüfte 2011 die Resultate nochmals und kam zum Ergebnis, dass die Linienführung richtig ist. Alle anderen Vorschläge führen z.B. im Wankdorf zu Doppelspurigkeiten oder lösen nur Probleme auf Teilstrecken.

Kritiker bemängeln, das Tramprojekt sei zu wenig ausgreift. Es brauche mehr Klar-

heit zur Erschliessung der Rüti in Ostermundigen und des Tramwendeplatzes.

Dies betrifft Ostermundigen. Auf dem Gebiet der Stadt Bern wird das Projekt dem Ast Ostermundigen von Tram Region Bern entsprechen. Zudem sind wir anders vorgegangen als bei Tram Region Bern. Wir wollten nicht mehr grosse Mittel in die Projektierung stecken, bevor nicht klar ist, ob das Projekt realisiert werden kann. Sobald die politischen Entscheide gefallen sind, werden die erwähnten Fragen geklärt.

Anfang Jahr machte das Tram wieder Schlagzeilen. Eine sogenannte «geheime Studie» zeige, dass die Kapazitätsprobleme auf der Linie 10 auch mit Megabussen gelöst werden könnten.

Da handelt es sich meines Wissens um einen Auftrag der Regionalkonferenz. Die Frage betraf kurzfristige Massnahmen, um das Kapazitätsproblem zu lösen. Richtigerweise wurde auch der Doppelgelenkbus einbezogen. Es zeigte sich aber bald, dass solche Busse nicht kurzfristig auf der Linie 10 eingeführt werden könnten. Dafür bräuchte es auf der ganzen Strecke Stromdrähte (sogenannte Oberleitungen) mit Millionen-Investitionen.

«Bern soll für Velofahrende vergleichbare Qualität erreichen wie beim öV.»

In der Junisession hat der Grosse Rat dem Kantonsbeitrag von 102 Millionen Franken zugestimmt. Dagegen hat das Komitee «Nein zum Luxustram» über 11 000 Unter-



en: nützlich



schriften gesammelt. Befürchtest Du, dass allenfalls die Kantonsbevölkerung das Tram noch versenkt?

Zuerst konzentrieren wir uns nun auf die Abstimmung in der Stadt Bern Ende November. Falls das Referendum definitiv zustande kommt, werden wir uns auf einen kantonalen Abstimmungskampf im kommenden Jahr einstellen. Es wird dann darum gehen, zu erklären, wieso die Region Bern als Wirtschaftsmotor des Kantons das Tram für die Lösung der Verkehrsprobleme zwischen Bern und Ostermundigen dringend braucht. Aufgrund der letzten Abstimmungsergebnisse vergleichbarer kantonalen Abstimmungen bin ich zuversichtlich, dass das gelingen kann.

Viele stört, dass dem neuen Tram viele Bäume zum Opfer fallen.

Die Alleen werden allesamt erhalten oder wieder angepflanzt. Unter dem Strich wird es mehr Bäume geben als heute. Erhalten bleiben insbesondere die markante Allee gegenüber dem Rosengarten und die südliche Alleereihe gegenüber der Siedlung Baumgarten. Nur beim Schosshaldenfriedhof müssen beide Alleereihen erneuert werden, da die Strasse dort verbreitert werden muss und die Bäume in schlechtem Zustand sind. In der Viktoriastrasse haben wir akribisch nach Möglichkeiten gesucht, wie wir möglichst viele Bäume erhalten können. Ein Drittel der Bäume, vor allem die markanten,

werden mit Baumschutzmassnahmen erhalten. Ein weiterer Drittel ist krank und muss auch ohne Tramprojekt in den nächsten 15 Jahren gefällt werden. Nur der letzte Drittel der Bäume muss wegen des Trams ersetzt werden.

«Die Busse sind zu den Spitzenzeiten hoffnungslos überfüllt.»

Wie geht es weiter mit der zweiten Tramachse in der Berner Innenstadt?

Die zweite Tramachse hat für die Stadt Bern nach wie vor eine hohe Priorität. Für Tram Bern Ostermundigen ist sie aber nicht notwendig, da die Innenstadt dadurch nicht mehr belastet wird.

VCS und Pro Velo forderten beim Projekt Tram Region Bern mehr Sicherheit für Velofahrende. Erfolgreich?

Tram Bern Ostermundigen wird eine Reihe von Verbesserungsmassnahmen bringen, welche das Velofahren sicherer machen. Es sind durchgängig Velostreifen geplant, ebenso indirekte Linksabbiege-Möglichkeiten und geschützte Mittelbereiche für linksabbiegende Velos. Für Velopendlerinnen und -pendler wird ab nächstem Jahr die Velohauptroute

zwischen Bern und Ostermundigen auf einer anderen Route verlaufen, welche vom motorisierten Verkehr und den Tramschienen weniger tangiert ist.

Trotzdem: Du willst aus Bern eine Velostadt machen. Aber Velofahrende haben keine Freude an Tramschienen.

Bern ist bereits eine öV-Stadt. Nun soll die Stadt auch für Velofahrende einen vergleichbar hohen Qualitätsstandard erreichen. Die beiden Ziele ergänzen sich. Sie sind auch nötig, wenn wir den weiterhin zunehmenden Verkehr für Menschen und Umwelt verträglich abwickeln wollen.

Gibt es noch weitere Pläne, um den öV in Bern voranzubringen?

Wenn Tram Bern Ostermundigen angenommen wird, beschäftigt uns die Realisierung noch mindestens bis 2025. Im gleichen Zeitraum realisieren wir die Verkehrsmassnahmen rund um den Bahnhof, was grossen Einfluss auf den öffentlichen Verkehr hat. Schliesslich erwarten wir demnächst Empfehlungen für die zukünftige öV-Erschliessung Richtung Wyler und Länggasse.

«Die zweite Tramachse hat nach wie vor hohe Priorität.»



Für einen sozialen und solidarischen Kanton Bern

In fünf Monaten stehen die Grossratswahlen an. Die JUSO will in allen Wahlkreisen präsent sein und sich mit einem lauten und bunten Wahlkampf für einen sozialen und solidarischen Kanton Bern stark machen. Wir werden in Bern, Biel, Langenthal und Mittelland Süd mit eigenen Listen in den Wahlkampf gehen. Im Berner Jura und Mittelland Nord werden wir auf der SP-Liste antreten.

Unser Wahlkampf ist dem Kampf gegen die Abbaumassnahmen – für einen solidarischen und sozialen Kanton Bern – gewidmet. Im Kanton Bern schauen wir düsteren Zeiten entgegen: Der bürgerliche Grosse Rat lässt nichts unversucht, unseren Sozialstaat und den Service public kaputtzusparen. Was uns bevorsteht, sind Steuersenkungen für Privilegierte, welche mit Sparmassnahmen auf Kosten der Schwächsten finanziert werden.

Das Ziel der bürgerlichen Politik ist seit langem ein grossflächiger Abbau von Staatsleistungen. Unter dem Vorwand der Kosteneffizienz werden staatliche Aufgaben gewinnbringend umgebaut oder an Private ausgelagert. Wo das nicht möglich ist, wird radikal abgebaut. Diese Abbaupakete bedeuten eine Zerstörung des heutigen Service public. Der Bevölkerung wird einge-

redet, dass die Staatsfinanzen ohne Kürzungen kurz vor dem Kollaps stünden. Uns wird weisgemacht, dass wir alle «solidarisch» verzichten müssen, anstatt das Geld bei den Besitzenden zu holen. Doch finanzielle Schwierigkeiten sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik. Steuersenkungen und sogenannte «Sparrunden» stellen eine Abwärtsspirale dar, in welcher der Sozialstaat wilentlich ausgehöhlt wird.

Langfristig führt diese Austeritätspolitik zum Verlust von hart erkämpften sozialen Errungenschaften. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Am stärksten betroffen vom Zerstörungswahn der Bürgerlichen sind die Bereiche, die keine einflussreiche Lobby besitzen: Bildung, Sozialwerke und der Gesundheitssektor. Für uns ist die Emanzipation der Menschen jenseits von wirtschaftlichen Zwängen ein erklärtes Ziel. Bedürfnisse und Lebensqualität müssen vor wirtschaftlichen Interessen stehen – dafür ist ein starker, ausgebauter Staat – zumindest vorerst – unerlässlich. Wir wollen nicht nur die von den Bürgerlichen vorgelegten Kürzungen abwehren, sondern uns auch aktiv für Verbesserungen einsetzen.



Barbara Keller,
Co-Präsidentin JUSO
Kanton Bern

Es ist höchste Zeit, der bürgerlichen Bonzen-Politik etwas entgegenzusetzen. Für die JUSO Kanton Bern ist klar, dass es nur eine Antwort auf die Politik der Bürgerlichen gibt: eine klar linke Politik. Wir setzen uns für einen starken Service public und einen Sozialstaat ein, der allen in unserem Kanton ein Leben in Würde ermöglicht. Unternehmen und Wohlhabende sollen endlich ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Deshalb kämpfen wir gegen Steuersenkungen für Reiche und Grosskonzerne und gegen Sparmassnahmen auf dem Buckel der Schwächsten.

MIT 82 KANDIDIERENDEN IN DEN GROSSRATS-WAHLKAMPF

Am Parteitag vom 25. Oktober hat die SP Bern-Mittelland 82 Kandidierende für die Grossratswahlen vom 25. März 2018 nominiert. Neben den 14 Bisherigen stellen sich 68 neue Kandidierende aus der ganzen Region zur Wahl. Die SP tritt in allen drei Wahlkreisen (Mittelland Nord, Mittelland Süd und Stadt Bern) wiederum mit einer Frauen- und einer Männerliste an. Wir wollen unseren Wähleranteil in allen drei Wahlkreisen steigern und in der Region mindestens einen zusätzlichen Sitz gewinnen. Die SP Bern-Mittelland freut sich auf einen sichtbaren und engagierten Wahlkampf gemeinsam mit unseren Kandidierenden, Mitgliedern und Sektionen.